

Kleine Anfrage

**der Abg. Christian Gehring, Thomas Dörflinger,
Tim Bückner und Ansgar Mayr CDU**

und

Antwort

**des Ministeriums des Inneren,
für Digitalisierung und Kommunen**

Rückbau der Videoüberwachung an den Bahnhöfen und Haltestellen im Bereich des Bundespolizeireviers Stuttgart

Kleine Anfrage

Wir fragen die Landesregierung:

1. Ist ihr bekannt, dass das aktuelle DB-Videosystem an den Bahnhöfen und Haltestellen im Bereich der Bundespolizeireviers Stuttgart abgeschaltet und rückgebaut wird?
2. Sind ihr die Gründe für die Abschaltung und den Rückbau bekannt?
3. Ist ihr bekannt, wie dadurch die Arbeit und insbesondere die Videoüberwachung der Bundespolizei eingeschränkt wird?
4. Ist ihr bekannt, ob, wann und in welchem Umfang eine zukünftige Videoüberwachung an den Bahnhöfen und Haltestellen des Bundespolizeireviers Stuttgart geplant ist?
5. Ist ihr bekannt, ob es dauerhaft weniger Videoüberwachung an den Bahnhöfen und Haltestellen im Bereich des Bundespolizeireviers Stuttgart gibt?
6. Ist ihr bekannt, ob bestimmte Bahnhöfe und Haltestellen im Bereich des Bundespolizeireviers Stuttgart dauerhaft nicht mehr videoüberwacht werden?
7. Ist ihr bekannt, ob über den Bereich des Bundespolizeireviers Stuttgart hinaus Bahnhöfe und Haltestellen von Abschaltung und Rückbau betroffen sind?
8. Wie positioniert sie sich zum Vorgehen der DB?
9. Wird sie Gespräche mit der DB und der Bundespolizei führen?

11.8.2025

Gehring, Dörflinger, Bückner, Mayr CDU

Eingegangen: 12.8.2025/Ausgegeben: 23.9.2025

*Drucksachen und Plenarprotokolle sind im Internet
abrufbar unter: www.landtag-bw.de/Dokumente*

Der Landtag druckt auf Recyclingpapier, ausgezeichnet mit dem Umweltzeichen „Der Blaue Engel“.

Begründung

Für die objektive Sicherheit und das subjektive Sicherheitsgefühl ist die Videoüberwachung von Bahnhöfen und Haltestellen von großer Bedeutung. Mit dieser Kleinen Anfrage sollen die Umstände einer Abschaltung und gegebenenfalls nur noch reduzierten Erneuerung der DB-Videoüberwachung an den Bahnhöfen und Haltestellen im Bereich des Bundespolizeireviere Stuttgart in Erfahrung gebracht und die Auswirkungen auf die polizeiliche Arbeit und die Sicherheit geklärt werden.

Antwort^{*)}

Mit Schreiben vom 19. September 2025 Nr. IM3-0141.5-651/75/4 beantwortet das Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen im Einvernehmen mit dem Ministerium für Verkehr die Kleine Anfrage wie folgt:

- 1. Ist ihr bekannt, dass das aktuelle DB-Videosystem an den Bahnhöfen und Haltestellen im Bereich der Bundespolizeireviere Stuttgart abgeschaltet und rückgebaut wird?*
- 2. Sind ihr die Gründe für die Abschaltung und den Rückbau bekannt?*

Zu 1. und 2.:

Die Fragen 1 und 2 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Im Raum Stuttgart sind an 76 Stationen Videoanlagen der Deutschen Bahn AG (DB AG) verbaut, die ursprünglich zwischen 2011 und 2015 zu betrieblichen Zwecken – etwa zur Steuerung von Zugansagen – installiert wurden. Diese Technik hat gemäß Auskunft der DB AG aus technischer Sicht ihren Lebenszyklus überschritten und erfüllt nicht mehr die aktuellen Anforderungen der IT-Sicherheit. Darüber hinaus ist durch die Implementierung neuer Systeme eine Aufrechterhaltung aus betrieblichen Gründen nicht mehr erforderlich. Damit entfällt der Zweck – die bahnbetriebliche Unterstützung – der Anlagen.

Die DB AG hat daher entschieden, die Anlagen ab August 2025 schrittweise zurückzubauen.

- 3. Ist ihr bekannt, wie dadurch die Arbeit und insbesondere die Videoüberwachung der Bundespolizei eingeschränkt wird?*

Zu 3.:

Die DB AG legt grundsätzlich gemeinsam mit der Bundespolizei nach einem Kriterienkatalog fest, an welchen Bahnhöfen Videotechnik um- oder ausgebaut wird. Der Kriterienkatalog enthält u. a. Indikatoren wie Reiseaufkommen, Bahnhofgröße, Großveranstaltungen, Reisewegsüberschneidungen im Fußballfanreiseverkehr sowie Brennpunkte der Gewalt- und Eigentumskriminalität. Hierzu hat die Bundespolizei Ausstattungsempfehlungen für stationäre Videotechnik erarbeitet. Im Fokus steht dabei immer die Sicherheit der Reisenden, Bahnhofsgäste und der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der DB. Inwieweit diese Abstimmung im vorliegenden Fall mit der Bundespolizei erfolgt ist, ist der Landesregierung nicht bekannt.

Inwieweit sich das Kriminalitätsgeschehen an den Tatörtlichkeiten der ehemals videoüberwachten Bereiche verändern könnte, hängt von verschiedenen Faktoren ab, wie beispielsweise dem Anzeige- oder Vermeidungsverhalten der Bevölkerung, der Verfolgungsintensität und Präsenzmaßnahmen der Bundespolizei sowie der strategischen Ziel- und Schwerpunktsetzung der Bundespolizei.

^{*)}Der Überschreitung der Drei-Wochen-Frist wurde zugestimmt.

Grundsätzlich können videoüberwachte Räume eine abschreckende Wirkung entfalten und dadurch die Begehung von Straftaten reduzieren. Ob das zukünftig fehlende Bildmaterial Auswirkungen auf die Aufklärung von Straftaten bzw. die präventive Einsatzsteuerung haben wird, ist derzeit noch nicht absehbar. Gleichwohl werden sowohl die Bundespolizei als auch die Landespolizei die Lage- und Kriminalitätsentwicklung im örtlichen Zuständigkeitsbereich genau im Blick behalten, um entsprechend frühzeitig mit lageangepassten Maßnahmen reagieren zu können.

4. Ist ihr bekannt, ob, wann und in welchem Umfang eine zukünftige Videoüberwachung an den Bahnhöfen und Haltestellen des Bundespolizeireviers Stuttgart geplant ist?

5. Ist ihr bekannt, ob es dauerhaft weniger Videoüberwachung an den Bahnhöfen und Haltestellen im Bereich des Bundespolizeireviers Stuttgart gibt?

6. Ist ihr bekannt, ob bestimmte Bahnhöfe und Haltestellen im Bereich des Bundespolizeireviers Stuttgart dauerhaft nicht mehr videoüberwacht werden?

Zu 4., 5. und 6.:

Die Fragen 4, 5 und 6 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Insgesamt sind im Raum Stuttgart nach dem in der Antwort zu den Fragen 1 und 2 skizzierten Rückbau noch rund 60 Kameras der DB AG an sieben Stationen im Einsatz, die auch erneuert werden sollen. Dies betrifft im Einzelnen vier Stationen auf der S-Bahn-Stammstrecke, sowie Bad Cannstatt, Neckarpark und Flughafen/Messe. Das sind die Stationen mit dem höchsten Reise- bzw. Veranstaltungsaufkommen.

Darüber hinaus investiert die DB allein in Stuttgart mehr als 3,3 Millionen Euro pro Jahr in die Sicherheit der Bahnhöfe, beispielsweise in Sicherheitsstreifen. Dies ist der höchste Wert in Baden-Württemberg und vergleichbar mit anderen Landeshauptstädten wie Düsseldorf und München.

7. Ist ihr bekannt, ob über den Bereich des Bundespolizeireviers Stuttgart hinaus Bahnhöfe und Haltestellen von Abschaltungen und Rückbau betroffen sind?

Zu 7.:

In Baden-Württemberg sind derzeit keine weiteren Deinstallationen von Videokameras mit Aufschaltung auf die Bundespolizei geplant.

8. Wie positioniert sie sich zum Vorgehen der DB?

9. Wird sie Gespräche mit der DB und der Bundespolizei führen?

Zu 8. und 9.:

Die Fragen 8 und 9 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Die Landesregierung hat dem Verband Region Stuttgart (VRS) und der DB AG eine Förderung nach dem Gesetz über Zuwendungen des Landes zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden (Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz – LGVFG) in Aussicht gestellt. Dabei würden anteilig Investitionskosten, z. B. Kosten für Videoüberwachungsgeräte an Haltestellen, gefördert.

Die Landespolizei Baden-Württemberg unternimmt in Abstimmung mit der Stadt oder Gemeinde sowie weiteren beteiligten Partnern kontinuierlich Anstrengungen, die Sicherheit im öffentlichen Raum zu stärken. Hierzu steht sie sowohl anlassabhängig als auch anlassunabhängig u. a. auch in regelmäßigem Austausch mit der Bundespolizei – insbesondere im Rahmen der seit 2002 bestehenden Sicherheitskooperation Baden-Württemberg (SIKO BW), die gemeinsam mit dem Bundesministerium des Innern und dem Zoll gegründet wurde. Die SIKO BW zeichnet sich durch eine vertrauensvolle und gewachsene Zusammenarbeit aus, die vom

kontinuierlichen Dialog auf allen Ebenen lebt. Grundlage des Erfolgs sind der Austausch aktueller Informationen und Erkenntnisse sowie die Durchführung gemeinsamer Fahndungs- und Kontrollaktionen. In diesem Zusammenhang ist festzuhalten, dass Videoüberwachung oder -schutzmaßnahmen einen Baustein in einem umfassenden Maßnahmenpaket zur Verbesserung der Sicherheit im öffentlichen Raum darstellen können.

Strobl

Minister des Inneren,
für Digitalisierung und Kommunen